

Leitartikel zur Steuergesetzrevision im Kanton Nidwalden

## Unnötiges Geschenk an Holdings

Weltnummer 1. Von diesem Titel träumt der Nidwaldner Finanzdirektor Alfred Bossard (FDP). Er will die Gewinnsteuern für Unternehmen von aktuell 6 auf 5,1 Prozent senken und damit in der Rangliste der steuergünstigsten Standorte aufsteigen – und Hongkong überholen. Weil dagegen von linker Seite das Referendum ergriffen wurde, kommt es am 27. September zur Volksabstimmung.

Das Referendumskomitee unter Federführung der Grünen kämpft dabei mit harten Bandagen: «Bezahlen wirst du», ist auf Plakaten zu lesen, gestaltet in SVP-Manier. Aus Sicht der Gegner wird der Steuerwettbewerb mit der Vorlage unnötig forciert. Zudem weisen sie darauf hin, dass Nidwalden ein strukturelles Defizit hat und das Geld besser investieren könnte – beispielsweise in die Prämienverbil-

lung. Die Argumente mögen zwar im ersten Moment überzeugend klingen. Doch wer genauer hinschaut, merkt, dass die Grünen einiges ausblenden. So hat der Landrat erst kürzlich Anpassungen bei der Prämienverbilligung beschlossen. Das hat zur Folge, dass im kommenden Jahr wohl 18 Millionen Franken zur Verfügung stehen werden; im laufenden Jahr sind es 17 Millionen. Zudem hat der Kanton genügend Eigenkapital, um das strukturelle Defizit in den nächsten Jahren zu decken.

Viel wichtiger aber: Die Senkung der Gewinnsteuern ist nicht ein Geschenk an die Unternehmen, wie die Grünen behaupten. Es ist ein Mittel, um die steuerliche Mehrbelastung abzufedern. Die Steuergesetzrevision führt beim Kanton unter dem Strich zu Mehreinnahmen von 8,9 Millionen Franken. Diese sollen zur Senkung des strukturellen

Defizits eingesetzt werden, welches im vergangenen Jahr 9,7 Millionen Franken betrug. Werden die Gewinnsteuern nicht gesenkt, nimmt der Kanton pro Jahr nochmals rund 2 Millionen Franken mehr ein, wie Finanzdirektor Alfred Bossard kürzlich gegenüber unserer Zeitung sagte.

**«Welche Firmen will Nidwalden überhaupt anziehen? Eine konkrete Antwort bleibt der Finanzdirektor schuldig.»**

Die Argumentation der Linken hat also ihre Schwächen. Doch genauso verhält es sich bei jener des Finanzdirektors. Nidwalden wolle den Spitzenplatz erobern, um die Firmen auf sich aufmerksam zu machen. Die tiefen Steuern seien ein Alleinstellungsmerkmal. Will er sich tatsächlich mit Hongkong messen? Ein Standort, der aufgrund politischer Unsicherheiten selber Nachteile hat. Reicht es nicht, die Vorteile herauszustreichen? Die politische Stabilität beispielsweise. Oder die Lebensqualität. Zwei Argumente, die für Unternehmen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Und welche Firmen will Nidwalden überhaupt anziehen? Eine konkrete Antwort bleibt der Finanzdirektor schuldig. Für ein zweites Unternehmen im Stil der Pilatus Flugzeugwerke fehle der Platz, sagt er. Holdings,

die lediglich Steuern zahlen, aber kaum Wertschöpfung oder Arbeitsplätze generieren, stehen für Bossard nicht im Fokus. Und bei typischen KMU schenken die Gewinnsteuern ohnehin nicht ein.

Unklar ist auch, wie der Kanton das strukturelle Defizit beheben will. In den kommenden Jahren rechnet der Finanzdirektor mit einem operativen Ergebnis zwischen -5 und -10 Millionen Franken. Dank der Geldentnahme aus den Reserven kann dieses jeweils auf knapp 2 Millionen Franken reduziert werden. Er sei überzeugt, dass er 2024 ohne Sparpaket oder Steuererhöhung ein ausgeglichenes Budget erreichen könne, sagte Bossard bei der Präsentation des Voranschlags für das Jahr 2021. Doch bekanntlich sind langfristige Prognosen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Fakt ist: Von einer Senkung der Unternehmenssteuern profitieren im Kanton Nidwalden nur wenige Firmen, nicht die zahlreich vertretenen KMU. Sie dient auch nicht als kurzfristige Konjunkturmassnahme, weil die Steuer nur bei Unternehmen anfällt, die nach Abzügen Gewinn erzielen – in Krisenzeiten dürften das nur wenige sein. Der Kanton kann sich aus heutiger Sicht die Steuersenkung leisten. Nötig hat er es allerdings nicht. Dank zentraler Lage, hoher Lebensqualität und tiefer Steuerbelastung ist Nidwalden schon heute attraktiv.



Christian Glaus  
christian.glaus@luzernerzeitung.ch

## Gletscherschwund bietet auch Chancen

Experten wie Interessierte haben sich mit den Gefahren des Klimawandels befasst – und auch mit dessen Potenzial.

Um die Herausforderungen des Klimawandels zu identifizieren und mögliche Chancen frühzeitig anzupacken, hat die Stiftung Lebensraum Gebirge das Projekt «Klima und Wandel im Gebirge» gestartet. Das Projekt befasst sich mit den lokalen Auswirkungen der Klimaerwärmung im Radius von 15 Kilometern rund um den Titlis. Im Rahmen einer der vier Vorabendveranstaltungen stand der vergangene Freitagabend ganz im Zeichen der Klimarisiken in den Schweizer Alpen. Dominik Galiker führte durch den Abend, rund 40 Personen nahmen an der Veranstaltung im Herrenhaus Grafenort teil.

Schon seit einiger Zeit ist weltweit ein deutlicher Rückgang der Gletscher zu beobachten. Der Gletscherschwund steht insbesondere im Zusammenhang mit der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung. Einer, der sich intensiv mit der Gletscherthematik befasst hat, ist der emeritierte Professor Wilfried Haeberli. Seine Forschung konzentrierte sich auf Gletscher und Permafrost in Hochgebirgsregionen. Zudem war er Direktor des weltweiten Gletschermonitorings und eine der treibenden Kräfte für die Einrichtung einer globalen Permafrostüberwachung.

### Gletscherschmelze bietet Synergiepotenzial

Anhand des Steingletschers im Sustenpassgebiet zeigte Haeberli den dramatischen Rückgang der Eiskolosse auf. Mitte des 19. Jahrhunderts war der Steingletscher noch rund ein Kilometer länger als heute. Im Zusammenhang mit dem Gletscherrückzug bildete sich ab 1940 der heutige Steinsee. «Wir haben es hier mit einer kumulativen Entwicklung



Eine angeregte Diskussion über den Klimawandel am Berg. Bild: Nino Gisler (Grafenort, 18. September 2020)

zu tun», so Häberli. Sprich: Gletscher wie auch Permafrost setzen sich immer weiter weg vom Naturzustand und können sich nicht regenerieren.

Um die daraus resultierenden Risiken wie Steinschlag und -lawinen überwachen zu können, benötigt es eine ständige Neubeurteilung des Gefahrenpotenzials. Doch die veränderten Umstände bergen nicht nur Gefahren, sondern auch Synergiepotenzial, wie Haeberli anhand einiger Beispiele aufzeigte. Zum einen könne ein neu entstandener Gletschersee als neue Attraktion den Tourismus ankurbeln, als Frischwasserquelle der lokalen Wasserversorgung dienen oder in Form eines Stausees als Energielieferant benutzt werden. Er betonte: «Um optimale Lösungen zu finden, braucht's partizipatives Planen».

Die Aufgabe der verschiedenen Anspruchsgruppen sei es, zusammen eine vernünftige Lösung zu finden – und zwar schnell, da mit fortschreitendem Gletscherschwund Chancen leicht verpasst werden könnten.

Innerhalb dreier Diskussionsrunden wurde nochmals vertieft auf die Gletscherthema-

**«Umweltprobleme können nur im interdisziplinären Kontext gelöst werden.»**

Manfred Stähli  
Forschungsanstalt WSL

ting eingegangen, die Problematik rund um den Permafrost behandelt und zuletzt der Fokus auf Hydrologie gesetzt. Aufbaue auf den Ausführungen von Professor Haeberli befasste sich eine Gruppe rund um Professor Daniel Farinotti, Glaziologe der ETH Zürich, mit dem Gletscherschwund. Festgehalten wurde unter anderem, dass das Erkennen von Prozessketten von immenser Wichtigkeit sei, um das Gefahrenpotenzial richtig abschätzen zu können. «Was könnte ein Steinschlag im Gletschergebiet im Worst-Case-Szenario für Auswirkungen auf die nahe liegenden Wohnsiedlungen haben?», fragte Farinotti.

### Klimawandel nur interdisziplinär lösbar

Unter Leitung von Cécile Pellet von der Universität Fribourg be-

fasste sich eine weitere Gruppe mit dem Thema Permafrost. Als Permafrost wird ständig gefrorener Boden bezeichnet. Taut dieser auf, drohen Naturgefahren wie Steinschlag oder Murgänge. Festgehalten wurde, dass der Permafrostbestand im Titlisgebiet aufgrund seiner warmen Temperatur besorgniserregend sei. Manfred Stähli von der Forschungsanstalt WSL Birmensdorf befasste sich mit seiner Gruppe mit dem Teilgebiet Hydrologie. Dabei wurden Naturgefahren-Prozesse und Massenbewegungen im Titlisgebiet untersucht. Die Gruppe befasste sich unter anderem mit der Wasserführung der Engelberger Aa. Diskutiert wurde, ob mit mehr Extremereignissen wie Überschwemmungen oder Segmentverschiebungen zu rechnen sei, wenn die Klimaerwärmung noch weiter voranschreitet.

Auffallend war, dass es bei den Diskussionen immer wieder zu Überschneidungen der Themengebieten kam. «Umweltprobleme wie der Klimawandel können nur im interdisziplinären, überthematiscen Kontext gelöst werden», brachte es Manfred Stähli auf den Punkt. Alles hänge zusammen, von wirtschaftlichen Fragen bis zur Naturwissenschaft, und könne nicht sektoriell gelöst werden. Es brauche ein Miteinander, um die Problemstellungen in den Alpen lösen zu können.

### Nino Gisler

**Hinweis:** Die nächsten Vorabendveranstaltungen finden am 28. Oktober (Thema Schutzwald) und 4. November (Thema Biodiversität) statt. Weitere Informationen finden Sie unter [www.lebensraum-gebirge.ch](http://www.lebensraum-gebirge.ch).

## Pfarrer reicht Strafanzeige ein

**Nidwalden** Der Pfarrer von Obbürgen, der wegen eines «versehentlich» versandten Nacktfotos entlassen wurde (Ausgabe vom Samstag), hat gestern einen Strafantrag gegen den Kirchenratspräsidenten von Stansstad eingereicht. Dies schreibt der Pfarrer in einer Mitteilung vom Sonntagabend. Nicht nur den Kirchenratspräsidenten habe er angezeigt, sondern auch dessen Ehefrau. Letztere ist die Sekretärin der Pfarrei Stansstad und demnach offenbar jene Person, welche das Nacktfoto von ihm erhalten hat.

Der Strafantrag beinhaltet eine ganze Reihe strafbarer Handlungen, die der Pfarrer dem Ehepaar vorwirft. Unter anderem gehe es um Verleumdung, Rufschädigung, Nötigung, Erpressung, «Verdacht auf Urkundebetrag», unlauteren Wettbewerb sowie eine «mögliche Telefonentwendung». Ausserdem aufgeführt: «Verschwörung, die seit Sommer 2014 gegen mich läuft, um mich als Pfarradministrator von Stansstad loszuwerden.» Der Pfarrer schreibt weiter, das besagte Nacktbild kursiere seit Tagen herum. «Von wem wurde es wann und wo und zu welchem Zweck weitergegeben?» Er selber habe das Foto nicht an noch andere Personen als die Sekretärin versandt, hält der Pfarrer fest. Er fordert ausserdem die Rückabwicklung seiner Kündigung.

### Kirchenratsmitglied soll befangen sein

Seine Anzeige richtet sich überdies gegen ein weiteres Mitglied des Kirchenrates Stansstad. Diesem wirft er «Inkompetenz» sowie «Befangenheit in allen Punkten» vor. Für weitere Informationen werde sein Anwalt ab heute Montag zur Verfügung stehen. (lur)